

Karlsruhe, 16.5.14

Grüne zum Aktionstag der Jägerschaft am 17.5.2014 auf dem Friedrichsplatz:

„Novellierung des Jagdrechts in Baden-Württemberg ist überfällig“

Die Karlsruher Grünen fordern die organisierte Jägerschaft auf, endlich ihre fundamentale Ablehnung gegen die überfällige Modernisierung des Jagdrechts aufzugeben.

„Die Jagd wird nicht abgeschafft, aber stärker den ökologischen Erfordernissen sowie dem Natur- und Tierschutz angepasst“, erklären Kreisvorstandsmitglied Renate Rastätter, Sprecherin der Grünen Landesarbeitsgemeinschaft Tierschutzpolitik, und Kreisvorstandsmitglied Christine Weber und fügen hinzu: „Endlich werden die Staatsziele Tierschutz und Naturschutz bei der Jagd berücksichtigt. Das ist doch seit langem überfällig“.

Rastätter und Weber betonen, dass der jetzt vorgelegte Novellierungsentwurf das Ergebnis eines langen und intensiven Beteiligungsprozesses sei, bei dem sowohl der Landesjagdverband als auch die Natur- und Tierschutzorganisationen und der Ökologische Jagdverband eingebunden waren. Den Jägern sei sehr weit entgegen gekommen worden, was nicht zuletzt auch von den Natur- und Tierschutzverbänden kritisiert wurde. Obwohl einige berechtigte Forderungen der Naturschutzverbände und des Landestierschutzverbands nicht im Gesetzentwurf berücksichtigt wurden, tragen diese Verbände das Gesetz als ersten Schritt in ein zeitgemäßes Jagdgesetz mit. Die derzeitige groß angelegte Kampagne des Landesjagdverbandes, die auch in Karlsruhe am 17.5.14 ausgerechnet vor dem Naturkundemuseum Station macht, zeige deutlich, dass es der organisierten Jägerschaft vor allem darum geht, ihre Eigentumsrechte an den Wildtieren vehement zu verteidigen.

Für die Karlsruher Grünen ist es ein großer Gewinn für den Tierschutz, wenn künftig Totschlagfallen, in denen Tiere verstümmelt werden und oft großen Qualen ausgesetzt werden sowie der Hunde- und Katzenabschuss verboten werden. Schon lange ist bekannt, dass es wirksamere Methoden gibt, Wildtiere vor wildernden Hunden und Katzen zu schützen“, betonen Weber und Rastätter. Bei Hunden müsse der Tierhalter oder die Tierhalterin in die Pflicht genommen werden, notfalls könne der Hund weggenommen werden. Das Problem der streunenden Katzen lasse sich am wirkungsvollsten über ein planvolles Kastrieren der streunenden Katzen in Problemzonen lösen, wie es die

Tierschutzorganisationen seit langem fordern. Auch das künftig vorgesehene Fütterungsverbot für Wildtiere und die zweimonatige Jagdruhe in den biologisch sensiblen Phasen der Wildtierarten entsprechen einem modernen Wildtiermanagement.

„Für uns Grüne steht deshalb fest, dass das neue Jagd- und Wildtiermanagement eine einmalige Chance für den Natur-, Tier- und Artenschutz ist. Deshalb muss der Entwurf als absoluter Minimalkompromiss konsequent umgesetzt werden“, so Christine Weber und Renate Rastätter abschließend.

Sophienstr.58, 76133 Karlsruhe
Fon: 0721/ 2031232
E-Mail: info@gruene-karlsruhe.de
www.gruene-karlsruhe.de